

Studiengebühren/ -beiträge in Bamberg 2010

~ 1 ~

PI – Political Inquiry e.V.
kontakt@pi-beratung.de
<http://www.pi-beratung.de>

Vertretungsberechtigter Vorstand: Lucas Geese

Vorwort:

Das Thema Studienbeiträge/-gebühren bot im letzten Wintersemester (2009/2010) unter den Studierenden der Universität Bamberg Anlass zu kontroversen Diskussionen. So fand der „Bildungsstreik“ auch in Bamberg statt: Neben weiteren Protestaktionen wurde ein Hörsaal in der Innenstadt besetzt und der Lehrbetrieb zu großen Teilen boykottiert. Weitere Informationen zum Bildungsstreik sind auf <http://www.bamberg-brennt.de> zu finden.

Der gemeinnützige studentische Verein Political Inquiry e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die theoretisch erlernten Inhalte des Studiums der Politikwissenschaft, Statistik und der Soziologie sowie verwandter Disziplinen in die Praxis umzusetzen. Das Thema Studiengebühren interessiert uns natürlich auch und so stellten wir uns die Frage, was die Studenten tatsächlich über Studiengebühren, Proteste und die Besetzung der U7 denken. Außerdem waren wir uns darüber einig, dass wir mit diesem Projekt auch einen informellen Mehrwert für die restlichen Studierenden der Uni Bamberg erzielen würden.

Die Mitglieder von PI setzen sich aus Anhängern fast jeder parteipolitischer Couleur zusammen, wodurch wir ein recht bunter Haufen sind, der sich schnell darüber einig war, dieses parteipolitisch aufgeladene Thema möglichst objektiv und frei von jeder ideologischen Grundhaltung zu bearbeiten.

Unsere Umfrage haben wir auf zwei verschiedene Arten durchgeführt. Zum einen über eine Online-Umfrage, die wir unter anderem über das Studentenportal <http://www.feki.de> verbreitet haben (Vielen Dank an dieser Stelle an das Feki-Team), und zum anderen über Interviews, die wir ausschließlich in der Innenstadt vorgenommen haben, da die Innenstädter in der Online-Umfrage unterrepräsentiert waren. Letztlich spiegelte unsere Umfrage, an der insgesamt 657 Studenten teilgenommen haben, ziemlich genau die Verteilung zwischen Innenstadtstudenten und Fekistudenten wider.

Wird im Text der Begriff „Studenten“ benutzt, bezieht sich dies immer auf die befragten Studenten, da wir keine Aussagen über alle Studenten treffen können.

Wir hoffen mit unseren Ergebnissen einen Diskussionsbeitrag liefern zu können und wünschen allen Interessierten viel Vergnügen mit unseren Ausführungen.

Lucas Geese

Vorsitzender Political Inquiry e.V.

Inhalte:

Große Ablehnung der Studiengebühren in der Bamberger Studentenschaft <i>Konstantin Krämer, Julian Petersen, Sebastian Pohl und Tarik Wenzel</i>	S.5
Wo Licht ist, ist auch Schatten - Bewertung der Studentenproteste und Unzufriedenheit als häufigster Abbruchgrund <i>Torben Festerling und Steffen Wölfl</i>	S.9
„Gegen Studiengebühren? Ja klar, aber dennoch keine Abschaffung!“ – Studenten offenbaren Widersprüchlichkeiten <i>Anja Menzel und Lucas Geese</i>	S.12

Große Ablehnung der Studiengebühren in der Bamberger Studentenschaft

Von Konstantin Krämer, Julian Petersen, Sebastian Pohl und Tarik Wenzel

„Wie stehst Du allgemein zu den Studiengebühren ab dem ersten Semester?“

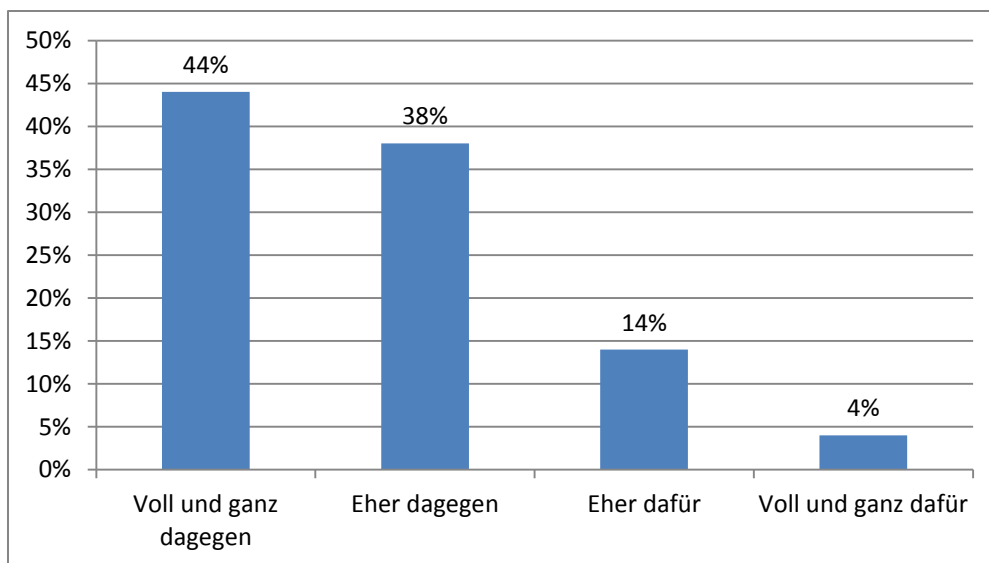


Abbildung 1

Es zeigt sich, dass 82 Prozent aller Studenten Studienbeiträge (ab hier im Text weiter als Studiengebühren bezeichnet) ab dem ersten Semester ablehnen (siehe Abb. 1). Hierbei lehnten 44 % die Studiengebühren sogar voll und ganz ab. Befürworter der Studiengebühren machen einen Anteil von 18 % aus. Darunter sind 4 % voll und ganz dafür, Studiengebühren zu zahlen.

Im Folgendem wird nun untersucht, von welchen Lebenssituationen oder Einstellungen die Ablehnung oder Zustimmung zu Studiengebühren beeinflusst wird.

Zuerst lässt sich vermuten, dass das Alter der Befragten einen Einfluss auf die Bewertung hat. Hintergedanke ist, dass Studenten die vom ersten Semester an Studiengebühren zahlen, diesen positiver gegenüberstehen als Studenten, die in gebührenfreien Zeiten ihr Studium

aufgenommen haben. Eine Analyse ergab jedoch keinen signifikanten Einfluss des Alters auf die Einstellung gegenüber Studienbeiträgen ab dem ersten Semester.

Weiterhin könnte man annehmen, dass Studenten, die Union oder FDP nahestehen, für die Erhebung von Studiengebühren und Studenten, die der SPD, den Grünen oder den Linken nahestehen, gegen die Erhebung sind. Diese Vermutung ließe sich damit erklären, dass die Unionsparteien treibende Kraft bei der Einführung der Studiengebühren waren, während SPD, Grüne und die Linkspartei gegen die Einführung waren. Tatsächlich lässt sich ein Zusammenhang zwischen der Parteineigung und der Einstellung gegenüber den Studiengebühren nachweisen. Eine Mehrheit der Studenten mit liberal-konservativer Parteineigung spricht sich für, eine Mehrheit der Studenten, die der SPD, den Grünen oder der Linken zuneigen, gegen die Studiengebühren ab dem ersten Semester aus.

Eine letzte Überlegung wäre, dass das monatlich zur Verfügung stehende Vermögen ein Erklärungsfaktor ist. Man könnte vermuten, dass die Zustimmung zu den Studiengebühren ab dem ersten Semester steigt, je mehr Geld die Studenten zur Verfügung haben. Unsere Auswertung konnte zeigen, dass wie vermutet das Einkommen einen signifikanten Einfluss hat.

„Befürchten Sie durch die Kreditaufnahme eine hohe finanzielle Belastung nach dem Studium?“

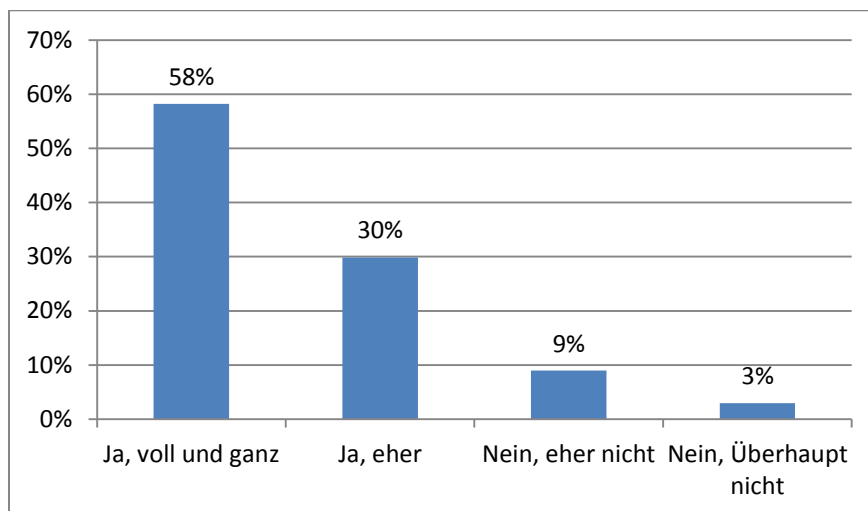


Abbildung 2

Durch ihre derzeitige Verschuldung könnten Studenten mit laufenden Krediten strikte Gegner der Studiengebühren sein, da ein Großteil von ihnen finanzielle Belastungen nach dem Studium befürchtet (s. Abb. 2). Bei den Analysen konnte diese Vermutung jedoch nicht bestätigt werden. Gegner der Studiengebühren sind also sowohl bei der Gruppe der Kreditaufnehmer als auch bei der Gruppe derer, die keinen Kredit aufgenommen haben, zu finden.

Durch die Einführung der Studiengebühren hat die Universität größere finanzielle Spielräume, die Rahmenbedingungen des Studiums zu verbessern. Wenn man nach Verbesserungen an der Universität seit der Einführung der Studiengebühren fragt, gibt fast ein Viertel an, seitdem keine Verbesserungen wahrgenommen zu haben. Nur 6 % bemerkten eine Verbesserung oder Erneuerung bei den Lehrmaterialien. Dagegen fanden 22 %, dass sich das Lehrangebot seitdem verbessert hat, und 21 % sind der Meinung, dass sich die Personalsituation bei Dozenten und Mitarbeitern verbessert hat. Insgesamt haben also fast 75 % der Befragten seit der Einführung der Studiengebühren eine Verbesserung der Studienbedingungen wahrgenommen.

Nach Verbesserungen in der Zukunft gefragt, zeichnen die Befragten jedoch ein anderes Bild: 36 % sind der Auffassung, dass in Zukunft keine Verbesserungen mehr eintreten werden. Außerdem befürchten 8 % der Studenten, dass es zukünftig sogar zu einer Verschlechterung der Studienbedingungen kommen wird. Dies lässt sich auf die seit dem Sommersemester eingeführte Reduzierung der Studiengebühren auf 400 € pro Semester zurückführen. Ein Teil der Befragten befürchtet, dass die Kosten für diverse Exkursionen nicht mehr übernommen werden, und man selbst dafür aufkommen muss. Trotz allem erwarten mehr als die Hälfte der Studenten in Zukunft weitere Verbesserungen der Studienbedingungen.

„Wie hoch sollten deiner Meinung nach die Studiengebühren sein?“

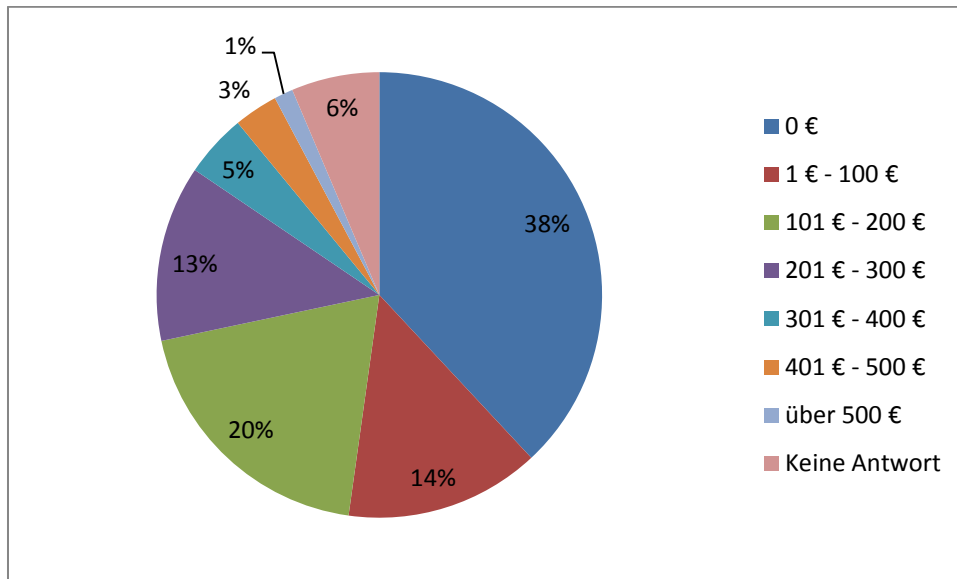


Abbildung 3

Auffällig ist, dass sich nur 38 % für Studiengebühren in Höhe von 0 € aussprechen, während gleichzeitig über zwei Drittel der Studenten gegen Studiengebühren ab dem ersten Semester sind (s. Abb. 3). Diese Diskrepanz lässt sich kaum erklären. Ein möglicher Erklärungsversuch wäre, dass 45 % der Befragten Studiengebühren in einem gewissen Umfang akzeptieren und soziale Erwünschtheitseffekte bei der ideologisch geladenen Frage nach Studiengebühren auftreten könnten. Die Kategorie 0 € sollte ursprünglich den Befragten, die gegen Studiengebühren ab dem ersten Semester sind, ermöglichen, ihre vollständige Ablehnung der Studiengebühren auszudrücken. Es könnte sein, dass Befragte, die Studiengebühren ab dem ersten Semester ablehnen, nicht automatisch auch gegen Studiengebühren an sich, sondern sich nur uneins über die Art und Weise der Erhebung von Studiengebühren sind.

Wo Licht ist, ist auch Schatten - Bewertung der Studentenproteste und Unzufriedenheit als häufigster Abbruchgrund

Von Torben Festerling und Steffen Wölfl

Insgesamt 13 % der 657 Befragten haben schon einmal ein Studium abgebrochen, 20% der Nicht-Abbrecher haben dies zumindest schon einmal in Betracht gezogen.

Als Gründe nannten die Abbrecher zu über 70 % die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Studiengang, finanzielle Gründe wurden nur von knapp 3 % der Befragten genannt.

Aus welchen Gründen ziehen Studenten einen Abbruch ihres Studiums in Betracht? Liegt es am Bachelor-Stress, dem Geldmangel oder der Wahl eines falschen Studiengangs?

Ein denkbarer Grund wäre, dass die Studenten pro Monat zu wenig Geld zur Verfügung hat. Dies gilt allerdings nur für die Studenten, die von ihren Eltern wenig Geld im Monat zur Verfügung gestellt bekommen. Aus dieser Gruppe haben überproportional viele Studierende bereits über einen Abbruch nachgedacht. Eine mögliche Erklärung wäre hierbei, dass diejenigen Studenten, die mehr Geld von ihren Eltern zur Verfügung haben, einen „Rettungsschirm“ haben, falls sie doch einmal nicht mit dem Geld zurecht kommen sollten, z.B. indem die Eltern die Studienbeiträge zunächst einmal vorstrecken können. Dennoch muss hier gesagt werden, dass der häufigste Grund bei tatsächlichem (72 %) und möglichem (51 %) Abbruch Unzufriedenheit mit dem Studiengang ist.

Wichtigstes Thema dieser letzten beiden Semester waren sicherlich die Universitätsbesetzungen und der Bildungsstreik unter dem Motto „Bamberg brennt“. Statistisch signifikante Einflüsse bei der Beurteilung der Studienproteste im Allgemeinen waren die Parteizugehörigkeit und das zur Verfügung stehende Geld sowie die Fakultätszugehörigkeit. Die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager bezieht sich auf die Einteilung in linke und bürgerliche Parteien, wobei hier bei einer linken Parteiidentifikation¹ eine höhere Zustimmung zu den Protesten zu finden ist als bei einer eher bürgerlichen Gesinnung. Vergleicht man die Zustimmung in den einzelnen Universitätsstandorten, so

¹ Bürgerliche Parteien sind hier die Unionsparteien und die FDP, dem linken Lager werden SPD, die Grünen und die Linkspartei zugerechnet

finden die Proteste in der Innenstadt mehr Zustimmung als an der Feki. Dennoch muss für beide Standorte angemerkt werden, dass die befragten Studenten den Protesten mehrheitlich positiv gegenüber eingestellt ist (Feki: 63 % Zustimmung, Innenstadt: 79 %).

Die Proteste sind als Statement gegen das momentane Bildungssystem also eher anerkannt als abgelehnt, aber wie stehen die Studenten zu der Besetzung der U7 als Mittel des Protestes?

Wie an folgender Abbildung zu erkennen ist, stimmt ein Großteil derer, die für die Proteste sind, auch der Besetzung der U7 zu (77 %). Die Personen, die die Proteste neutral bewerteten, lehnen die Besetzung als Mittel des Protestes eher ab, auch wenn die Verteilung hier weit weniger eindeutig ist. Studenten, die gegen die Proteste sind, waren zu fast 90 % ebenfalls gegen die Besetzung.

„Zustimmung zur Besetzung der U7 und Zustimmung zu den Protesten allgemein“

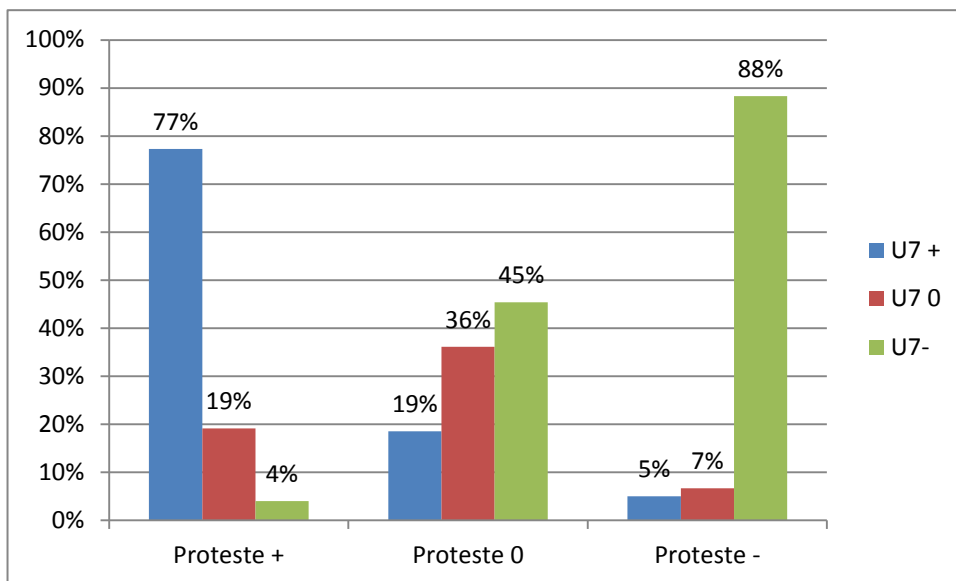


Abbildung 4

Haben die Proteste den Studenten aus ihrer Sicht bei der Durchsetzung besserer Studienbedingungen geholfen? Hier lässt sich sagen, dass die Mehrheit der befragten Studenten (51 %) keine Veränderungen wahrgenommen haben, während 36 % Verbesserungen wahrgenommen haben. Eine Verschlechterung der Studienbedingungen haben nur 6 % angegeben. Auch unter den Befürwortern der Proteste ändert sich diese

Einschätzung kaum, hier nahmen 47 % keine Veränderung wahr, gegenüber 44 % mit Verbesserungen.

„Seit der Verringerung der Studiengebühren mussten wir leider feststellen, dass im vorherigen Semester Tutorien besucht werden mussten, um ein Seminar zu bestehen, seit neuestem (weniger Gebühren) werden diese nur noch wenig oder gar nicht mehr angeboten!“

Aufgeteilt auf die Universitätsstandorte gibt es einen signifikanten Unterschied in der Wahrnehmung: In der Innenstadt haben 41 % Verbesserungen wahrgenommen, in der Feki nur 30 %. Auch nahmen die Feki-Studenten eher Verschlechterungen wahr als die Innenstädter (8 % gegen 4 %).

Die Zustimmung zu den Protesten beeinflusst auch die Wahrnehmung der Proteste als Erfolg oder Misserfolg. 83 % der Personen, die gegen die Proteste waren, halten sie für eher nicht erfolgreich oder gar erfolglos; bei den Studenten, die für die Proteste waren, ist die Meinung ausgeglichen: Die Hälfte hält sie für erfolgreich, die anderen 50 % für nicht erfolgreich. Allgemein gesprochen, halten die befragten Studenten die Proteste zu einem Großteil (64 %) eher für einen Misserfolg, gemessen an ihren Zielen, die anderen 36 % empfinden sie als Erfolg.

„Solange Studierende nur die Studiengebühren, nicht aber das Schul- und Bildungssystem an sich kritisieren, bleiben Proteste unglaublich und klientelpolitisch.“

„Gegen Studiengebühren? Ja klar, aber dennoch keine Abschaffung!“ – Studenten offenbaren Widersprüchlichkeiten

von Anja Menzel und Lucas Geese

Bei der Frage „Glaubst Du, dass nach der Einführung der Studiengebühren Studenten mit finanziell besser gestellten Eltern einen leichteren Zugang zu höherer Bildung haben?“ waren sich die befragten Studenten überwiegend einig: 53 % beantworteten diese Frage mit „Ja, voll und ganz“ und 31 % mit „Ja, eher“, womit insgesamt eine Mehrheit der Studenten von 84 % implizit zum Ausdruck bringt, dass ihrer Meinung nach die Einführung von Studiengebühren die Bildungschancen für junge Leute aus finanziell schlechter gestellten Elternhäuser herabgesetzt hat. Weitere Analysen zeigten, wodurch diese Einstellungen der Studenten zu erklären sind. Dabei spielen die eigenen finanziellen Lebensumstände, also das eigene zur Verfügung stehende Einkommen als auch das von den Eltern zur Verfügung gestellte Geld eine wichtige Rolle. In erster Linie zeigt sich jedoch, dass das Thema Studiengebühren vor allem ein politisches ist, weshalb die eigene Parteineigung hervorgehoben werden muss. Während Regierungsparteianhänger eher Pro-Studiengebühren sind, sind Oppositionsparteianhänger und Parteilose eher Contra. Folgende Abbildungen verdeutlichen dies:

„Glaubst du, dass nach der Einführung der Studiengebühren Studenten mit finanziell besser gestellten Eltern einen leichteren Zugang zu höherer Bildung haben?“

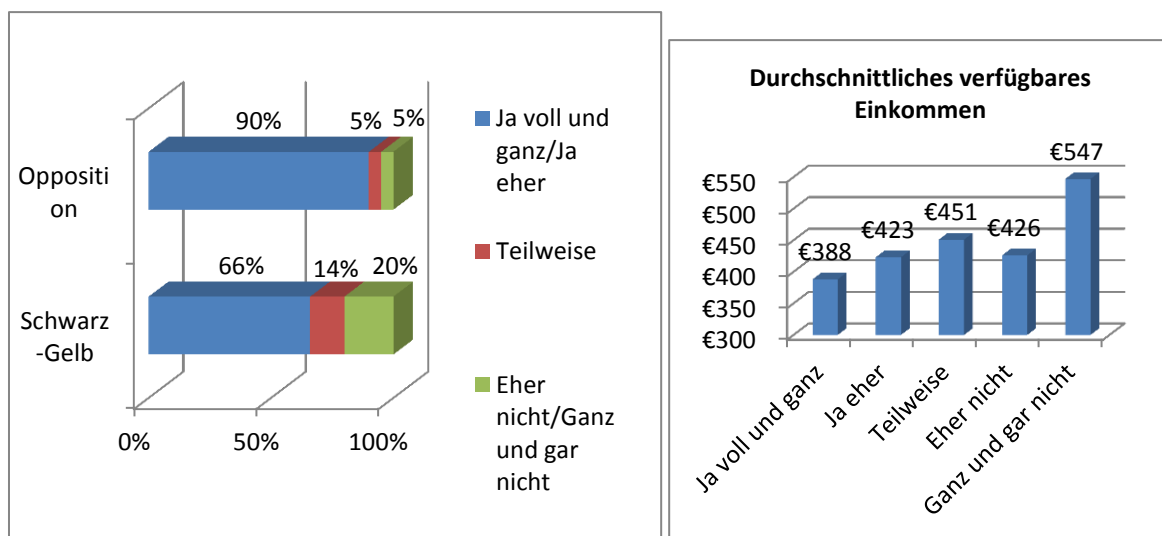


Abbildung 5

Ein ganz ähnliches Bild offenbart sich bei Betrachtung der Antwortverteilung auf die Frage „Findest Du die Studiengebühren in Höhe von 400 € zu hoch/ eher zu hoch...“. Auch hier spricht sich ein Mehrheit von insgesamt 87 % dafür aus, dass die Studiengebühren zu hoch seien. Auch hier zeigten weitere Analysen, dass die eigene finanzielle Lebenslage und in noch höherem Maße die Parteineigung diese Einstellung beeinflusst. Wer mehr Geld zu Verfügung hat, empfindet Studiengebühren in Höhe von 400 € tendenziell nicht zu hoch, was ebenso tendenziell für Regierungsparteianhänger gilt.

Diese Daten zeigen, dass die Bamberger Studenten im Gros gegen die Studiengebühren sind. Trotzdem geben auf die Frage „Wie soll deiner Meinung nach mit den Studiengebühren in Zukunft verfahren werden?“ beeindruckende 43 % „keine Veränderung“ an, 44 % fordern eine „Reduzierung“ und nur 5 % eine „Abschaffung“ der Studiengebühren (2 % waren für eine „Erhöhung“). Das überrascht durchaus, wenn man bedenkt dass 87 % die Studiengebühren in der vorhergehenden Frage noch als „zu hoch“ betitelten. Vermutlich gibt es eine weit verbreitete Einvernehmlichkeit über die Höhe der Studiengebühren und weniger eine radikale Gesinnung hinsichtlich der Studiengebühren. Auf jeden Fall offenbaren sich an dieser Stelle Widersprüchlichkeiten in den Einstellungen der Studierenden.

Insgesamt geben 66 % der Studierenden an, sich über die Verwendung der Studiengebühren informiert zu haben. Am schlechtesten informiert sind dabei fakultätsübergreifend die Masterstudenten (36 % geben an sich nicht über die Verwendung informiert zu haben), was vermutlich mit der Kürze der Studienstlänge und dem Übergangscharakter des Mastersystems zusammenhängt. Weiterhin gibt es einen schwachen Zusammenhang zwischen der allgemeinen Einstellung zu Studiengebühren und dem Informationsgrad über den Verwendungszweck: Wer kontra Studiengebühren ist, ist tendenziell besser informiert über die Verwendung der Studiengebühren. Unklar bleibt jedoch die Wirkungsrichtung. Informiert sich ein Studiengebührengegner prinzipiell besser oder wird man zum Studiengebührengegner, weil man sich über die Verwendung der Studiengebühren informiert hat?

Wie wird das Mitspracherecht der Studenten hinsichtlich der Verwendung der Studiengebühren eingeschätzt? Hier wird klar, dass die Bamberger Studenten ihr jetziges Mitspracherecht zwar eher negativ beurteilen, gleichzeitig aber nur eine vage Ahnung davon haben. So geben 22 % „Teils/Teils“, eine Mehrheit von 41 % „Eher nicht“ und 20 % „Nein, überhaupt nicht“ als Antwort auf die Frage „Haben deiner Meinung nach die Studenten ausreichend Mitspracherecht bei der Verwendung der Studiengebühren?“ an (2 % „Ja voll und ganz“, 5 % „Ja eher“).

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Antwortverteilung auf die Frage „Stimmst Du der folgenden Aussage zu: Die Verwendung der Studiengebühren ist für Studenten transparent?“ Ob die Verwendung der Studiengebühren transparent sind, können offensichtlich die meisten Studenten nicht eindeutig einschätzen, werten diese jedoch überwiegend als nicht-transparent. So geben hier 30 % „Teils/Teils“, eine Mehrheit von 36 % „Eher nicht“ und 14 % „Nein, überhaupt nicht“ als Antwort an (2 % „Ja voll und ganz“, 9 % „Ja eher“).